Ausstellungseröffnung
„Neofaschismus in Deutschland“
Eine Ausstellung des VVN-BdA e.V. in der Manufaktur in Schorndorf

09.11.2011

Fotobericht von www.die-beobachter.info

Fotos: Nico Denzinger

Über Details zur Ausstellung wird an dieser Stelle nicht informiert.
Einzelheiten hierzu unter:
http://www.club-manufaktur.de/programm/neofaschismus-in-deutschland.html und
http://neofa-ausstellung.vvn-bda.de/

Am 09.11.2011, dem Jahrestag der Pogromnacht 1938, wurde um 19.30 Uhr die Ausstellung und mit dieser eine Reihe von Veranstaltungen der VVN BdA e.V. zum Thema „Neofaschismus in Deutschland“ eröffnet.
Zu diesem Anlass hielten Walter Burkhardt und Ilse Kestin interessante Redebeiträge, in dem sie über das Thema der Ausstellung, die VVN und die Notwendigkeit antifaschistischer Arbeit, nicht zuletzt im Rems-Murr-Kreis, informierten. Die Redebeiträge von Ilse Kestin und Walter Burkhardt befinden sich am Ende des Berichts.

Der Liedermacher Ralf Glenk begleitete die Eröffnungsveranstaltung musikalisch.

Die Veranstaltung war mit ca. 70 Besuchern unterschiedlichsten Alters gut besucht.

Persönliche Einladungen zur Veranstaltung erhielten die Herren Johannes Fuchs (Rems-Murr-Landrat), Ralf Michelfelder (Leiter der Polizeidirektion Waiblingen) Jochen Müller (Bürgermeister der Gemeinde Korb). Die Herren glänzten durch ihre Abwesenheit. Herr Andreas Lindauer (Mitarbeiter Staatsschutz und Koordinierungsstelle Rechtsextremismus -Korex- der Polizeidirektion Waiblingen) war als Vertreter von Herrn Michelfelder anwesend.

Fazit:
Die Ausstellung, die bis einschließlich 22.11.2011 in der Manufaktur zu sehen ist, ist mit 25 Tafeln, vielen interessanten Bildern und informativen Texten einen Besuch wert. Zeigt sie doch eindrucksvoll, wie wichtig die Arbeit gegen Neofaschisten in Deutschland ist.
Dass die geladenen Gäste nicht erschienen sind finden wir bedauerlich. Allerdings sind wir von diesem Umstand nicht sonderlich überrascht.

Es liegen uns weitere umfangreiche Fotoaufnahmen vor.

Weitere Infos:
Am **Freitag, 11. November**, geht's ab **19.30 Uhr** in der Manufaktur um Rechtsrock (Vortrag und Diskussion mit Janka Kluge, VVN-BdA).

Am **Sonntag, 13. November**, wird um **10 Uhr** ein Kranz auf dem Friedhof Rudersberg für die Naziopfer niedergelegt.

Am **Montag, 14. November**, **19.30 Uhr**, geht es in der Manufaktur um die Rems-Murr-Studie „Rechtsradikalismus und sein Umfeld“ (Josef Held, Leiter der Tübinger Forschungsgruppe, stellt die Ergebnisse und daraus resultierende Handlungsempfehlungen vor).

Am **Mittwoch, 16. November**, liest Alice Zcyborra ab **19.30 Uhr** in der Manufaktur autobiografische Texte ihres Vaters Peter Gingold:
„Paris – Boulevard St. Martin No. 11“.

Am **Dienstag, 22. November**, **19.30 Uhr**: „Die industrielle Tötung von Menschen begann in Württemberg“ – Filmvorführung und Lesung mit Hermann G. Abmayr.

Die Ausstellung eignet sich laut Veranstaltern „ganz besonders für Schulklassen.“ Es gibt einen Ausstellungskatalog und bei Bedarf werden Führungen für Schulklassen oder Gruppen angeboten. Die Ausstellung ist täglich während der Öffnungszeiten der Manufaktur zu besichtigen.

Gruppenführungen außerhalb der Öffnungszeiten sind nach Anmeldung im Manufakturbüro möglich: 07181 - 61166.

Eröffnungsrede von Walter Burkhardt zur Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ in der Manufaktur in Schorndorf am 9.11.2011, 19.30 Uhr

Ich heiße Sie und Euch ganz herzlich Willkommen zur offiziellen Eröffnung der Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“. Es ist eine Ausstellung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) mit Unterstützung vom ver.di – Landesbezirk Nord. 2010 wurde die Ausstellung aktualisiert und somit den neuesten gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst.

Verantwortlich für die Ausstellung in der Manufaktur und Veranstalter des sehr interessanten und informativen Rahmenprogramms ist die VVN-BdA Kreisvereinigung Rems-Murr. Mitveranstalter und Unterstützer sind das Forum Politik in der Manufaktur, die DGB Region Nordwürttemberg, den DGB Ortsverbänden Schorndorf, Fellbach und Winnenden, der IG Metall Verwaltungsstelle Waiblingen sowie VIAK Waiblingen.

Der Rems-Murr Kreis gehört ja bekanntlich zu den Landkreisen in Baden Württemberg, welche die meisten rechtsmotivierten Straftaten aufweisen. Seit Jahren sind in unserem Kreis intensive neofaschistische Aktivitäten zu beobachten. Die NPD-Kneipe „Linde“ in Schorndorf-Weiler ist sein 2006 ein überregionaler Treffpunkt für Neonazis. Dies änderte sich nur unwesentlich mit dem Entzug der Konzession im Jahr 2009. Rechte Übergriffe auf ausländische Mitbürger, Behinderte und Antifaschisten sind an der Tagesordnung. Selbst vor Mord schreckt der braune Mord nicht zurück. Die chronologische Liste der jüngsten Naziumtriebe ist lang, zu lang!

Als wir im Frühjahr diesen Jahres die Idee hatten, diese Ausstellung nach 2003 zum zweiten Mal in der Manufaktur zu zeigen, war der traurige Höhepunkt der gewalttätigen Entwicklung im Rems-Murr Kreis noch nicht erreicht. Aufgrund der jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit neofaschistischen Aktivitäten und Gewalttaten halten wir es gerade jetzt für besonders notwendig, u.a. mit dieser Ausstellung und unserem Rahmenprogramm eine wichtige und fundierte Aufklärungsarbeit zu leisten und uns auch inhaltlich mit den zunehmenden Rechtstendenzen auseinanderzusetzen.

Der erwähnte traurige Höhepunkt war der fremdenfeindliche Mordversuch auf italienische und türkische Jugendliche in der Nacht vom 9.4. auf 10.4.2011 auf einem Grundstück in Winterbach. Eine Hütte, in der fünf Jugendliche vor dem braunen Mob flohen, wurde mit Brandbeschleuniger in Brand gesteckt. Nur mit Mühe konnten die Jugendlichen dem sicheren Tod entkommen. Als Reaktion darauf fand, neben anderen Solidaritätsaktionen, am 17.4. eine eindrucksvolle Demonstration mit 1.300 Teilnehmern in Winterbach statt.

Aber damit nicht genug: Im Rahmen der Ermittlungen des Winterbacher Brandanschlags wurde bekannt, dass in den Jahren 2009 und 2010, unbemerkt von der Öffentlichkeit, zwei NPD-Parteitage und ein Bundeskongress der Jungnationaldemokraten in Korb stattfanden. Selbstverständlich war der Verfassungsschutz über die Nazitreffen informiert und um Diskretion bemüht. Die Polizei und der Korber Bürgermeister hielten sich daran und informierten die Öffentlichkeit nicht. Auch der Landrat war in die Vertuschungspolitik eingebunden.

Mit dieser behördlichen Praxis sollte bewusst verhindert werden, dass sich zivilcouragierte und antifaschistisch gesinnte Menschen den Nazis konsequent entgegenstellten. Als diese undemokratische und skandalöse Geheimhaltung durch die Presse bekannt wurde, gab es heftige Kritik und auch Rücktrittsorderungen gegenüber den Akteuren dieser Geheimdiplomatie.

Diese versicherten in einem Gespräch, nachdem sie sich wochenlang in den Schlagzeilen der örtlichen Presse fanden, in Zukunft mehr Zivilcourage und Transparenz bei Naziaktivitäten zu praktizieren. Wir erwarten, dass diesen Zusagen auch eingehalten werden.

Mitte Juli fand erneut ein Nazitreffen im „Schwäbischen Hof“ in Korb statt. Als daraufhin antifaschistischer Druck auf die Wirtin des „Schwäbischen Hofs“ ausgeübt wurde und am 17.9. eine Antifa-Demo in Korb stattfand, an dem sich auch die VVN-BdA Rems-Murr aktiv beteiligte, suchten die Neonazis einen alternativen, möglichst störungsfreien, Versammlungsort. Den fanden sie offensichtlich in einer Kneipe in Aspach. All diese Tatsachen belegen, dass wir im Rems-Murr Kreis eine Neonazipräsenz mit festen Strukturen haben. Dies müssen auch die politisch Verantwortlichen zur Kenntnis nehmen.

In unserer antifaschistischen Arbeit werden wir immer wieder mit einer weiteren, schwerwiegenden, Problematik, konfrontiert: Mit der Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus, welche die neofaschistische Ideologie verharmlost sowie mit einer Sensibilisierung der gesellschaftlichen Mitte für rechte Thesen. Eine diesbezügliche Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung ergab, dass die bürgerliche Mitte zunehmend zugänglicher wird für rechtspopulistische Themen. Dieses Phänomen wir auch in einer unserer Veranstaltungen des Rahmenprogramms thematisiert.

Seit Jahrzehnten fordert die VVN-BdA gemäß Artikel 139 des Grundgesetzes das Verbot und die Auflösung aller neofaschistischer Parteien und Organisationen. Die VVN-BdA hat sich in den vergangenen Jahren mit der „nonpd-Kampagne“ mit mehr als 175.000 Unterschriften als ihren Beitrag deutlich sichtbar in die gesellschaftliche Debatte um ein NPD-Verbot eingebracht. Von der neuen Landesregierung wird erwartet, dass der Verfassungsschutz seine V-Leute von den NPD-Gremien abzieht, um so endlich den Weg für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren endlich frei zu machen.

Zur Bekämpfung des Neofaschismus gehört neben den Aktionen auf der Strasse und in der Öffentlichkeit auch eine fundierte Aufklärungsarbeit über neofaschistische Organisationen und Strukturen, über Ausdrucksformen extrem rechter und rassistischer Ideologie und Gewalt sowie Aktivitäten an den Schnittstellen zwischen Neofaschismus, Rechtskonservatismus und bürgerlicher Mitte.

Im Rahmen dieser Aufklärungsarbeit hat diese Ausstellung eine große Bedeutung. Sie benennt und dokumentiert in eindrucksvollen Bildern und knappen Texten Tendenzen, Ideologien und Netzwerke des Neofaschismus und zeigt damit, warum es notwendig ist, wachsam gegen jede Form neofaschistischer Propaganda und Politik zu sein.

Heute haben wir auch einen sehr wichtigen Gedenktag: Am 9. November 1938, also vor 73 Jahren, fand als Auftakt zum Holocaust die Reichspogromnacht statt, in der jüdische Mitbürger verhaftet, gefoltert und ermordet wurden sowie Synagogen und jüdische Geschäfte geschändet und abgebrannt wurden. Wir haben die Eröffnung ganz bewusst auf diesen Tag gelegt, zum Gedenken der jüdischen Opfer während des faschistischen Terrors. Antisemitismus ist auch ein wichtiger Bestandteil der menschenverachtenden Ideologie des Neofaschismus.

Ich begrüße nun die Landessprecherin der VVN-BdA Baden-Württemberg, Ilse Kestin, die mit ihrem Vortrag die Ausstellung eröffnen wird und den Liedermacher, Ralph Glenk, der unsere Veranstaltung mit antifaschistischen Liedern begleitet.

Redebeitrag von Ilse Kestin anlässlich der Eröffnungsveranstaltung zur Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ am 09.11.2011 in der Manufaktur in Schorndorf.

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Freundinnen und Freunde,

vielleicht sollte ich zunächst ein paar Sätze zu meiner Person sagen:

mein Name ist Ilse Kestin, ich bin im Hauptberuf IG Metall Gewerkschaftssekretärin und im Nebenberuf Landessprecherin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschisten.

Die VVN-BdA hat es sich seit ihrer Gründung zur Aufgabe gemacht gegen das Vergessen zu kämpfen und sie steht seit dem Ende der Naziherrschaft für einen ununterbrochenen Kampf gegen alle rechte Machtbestrebungen.

Deshalb wurde die hier gezeigte Ausstellung konzipiert. Auf 26 Tafeln wird dokumentiert, wie sich der Neofaschismus in Deutschland entwickelt hat, wo man seine ideologischen Grundlagen findet, welche Ziele die NPD verfolgt und ob sich ihre heutigen Argumente von denen der Altfaschisten unterscheiden.
Heute jährt sich zum 73. Mal der Jahrestag der Reichskristallnacht.
Nicht von ungefähr wurde für die Eröffnung der Ausstellung von den Veranstaltern der heutige Termin gewählt:
Das Datum der Reichspogromnacht ist Erinnern und Verpflichtung.
Sofort nach der Machtübergabe 1933 durch den Reichstag an die Nazis begann die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung. Was sich zunächst auf Schikanen, Berufsverbote und Behinderung von jüdischen Geschäftsleuten beschränkte, entwickelte sich in den Jahren 33 bis 35 zu einem von langer Hand geplantem Pogrom. Die Nazis sahen in den jüdischen Vermögen und der jüdischen Wirtschaftsleistung einen willkommenen Geldsegen für ihre marode Wirtschaft. Es war schon lange geplant eine flächendeckende Enteignung und Vertreibung der jüdischen Bevölkerung durch zu führen.
Nach dem Attentat auf den bis dahin unbekannten Botschaftsangehörigen vom Rath in Paris wurde dieser Plan umgesetzt. Als sogenannter „Volkszorn“ wurde die Zerstörung von jüdischen Geschäften, Synagogen und Wohnungen befohlen, die Deutschland weit von SS uns SA durchgeführt wurden.
Die Anweisung aus dem Reichssicherheitshauptamtes sagte, dass nur wohlhabende Juden in Haft zu nehmen seien und ihr beweglicher Besitz zu beschlagnahmen sei.
In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden Deutschland weit ca. 400 Menschen getötet und 30.000 Juden verhaftet und deportiert, in den KZs starben weitere Hunderte. Im August 1939 wurden die meisten Inhaftierten wieder netlassen, sofern sie sich zur „Ausreise“ bereit erklärten und ihren Besitz dem Staat übereigneten.

Freundinnen und Freunde,
welches ist nun der gesellschaftliche Boden, auf dem solche Ideologien und Bewegungen gedeihen konnten und auch weiterhin gedeihen können?

Der Faschismus und die extreme Rechte generell zeichnen sich dadurch aus, dass sie die reaktionären, antidemokratischen, sozialdarwinistischen und imperialistischen Elemente der bürgerlichen Ideologien aufgreifen. Der Faschismus verabsolutiert diese Elemente und verlangt ihre rücksichtslose Durchsetzung.
Diese Ideologien werden nicht nur aufgegriffen, sondern auch radikalisiert und verabsolutiert. Keine dieser Ideologien hat der Faschismus selbst entwickelt. Er hat sie bereits vorgefunden im bürgerlichen Denken.
Dieses Gedankengut gab es offensichtlich bereits während des Kaiserreiches.
Der Faschismus setzte es „absolut“, „säuberte“ es von seinen liberalen und humanistischen Beimischungen und führte das Gedankengut so zu seinen extremsten Konsequenzen.
Man kann deshalb auch feststellen, dass bestimmte bürgerliche Kreise im Faschismus durchaus ein Stück ihres eigenen Denkens und politischen Wesens erkennen. Das galt für Wirtschaft, Militär und Beamtenschaft im dritten Reich, sowie für Kirchen und Universitäten.
Die bürgerlichen Kräfte erkannten, dass mit Hilfe des Faschismus das Prinzip von Befehl und Gehorsam in Staat und Wirtschaft besonders konsequent durchgesetzt werden konnte, und dass der soziale Gegner, die organisierte Klasse der abhängig Beschäftigten, damit besonders nachhaltig bekämpft werden konnte.
Die sich formierende extreme Rechte setzte alles daran, sich als die Kraft zu präsentieren, die die Kräfte kannte, die für die jeweils aktuellen Schwierigkeiten verantwortlich sein sollten: Gewerkschaften, Juden, Marxisten, undeutsche Elemente.
Freundinnen und Freunde,
die Parallelen können wir durchaus alle erkennen.
Der Nationalsozialismus war kein blindes Schicksal und Hitler war kein Betriebsunfall der Geschichte.
Hinter ihm und den Nationalsozialisten standen Industrieelle und Bankiers.
Sie alle machten Hitler möglich und damit den Supergau in der deutschen Geschichte.
Im Mai 1945 wird das faschistische Herrschaftssystem militärisch zerschlagen und aufgelöst.
Außerdem wurden alle faschistischen Organisationen aufgelöst und als verboten erklärt.
Aber es gab tatsächlich keine Stunde Null – der Nationalsozialismus war zwar auf dem Schlachtfeld, aber nicht in den Köpfen besiegt. Was die Konzentrationslager möglich machte, verschwand nur ganz allmählich, nicht, weil eine politisches Umdenken statt gefunden hätte.

Die Antifaschisten, die aus den Zuchthäusern, den Konzentrationslagern, der Emigration und dem Untergrund kamen, hatten präzise Vorstellungen, wie die neue Gesellschaft zu gestalten wäre, damit dergleichen ein für allemal unmöglich gemacht werden konnte.
Ihre Forderungen fanden Eingang in die Parteiprogramme von SPD und CDU……
In den Westzonen vollzog sich allerdings bald die Restauration. Auch als Gegenmacht zur politischen Linken und dem Osten.
Die Entnazifizierung wird schon 1950 eingestellt und es folgte die Wiedereinsetzung großer Teile der alten Führungsschicht.
Richter, Staatsanwälte, Geheimdienste, Ministerial- und Verwaltungsbeamte und bald auch alte Offiziere und Generäle.
So kommt es auch dazu, dass die eben noch als Kriegsverbrecher verurteilten Führer der Großindustrie, nicht nur freigelassen, sondern auch wieder in ihre Imperien eingesetzt wurden (Krupp, Flick und andere).
Und mit solchen Entwicklungen war der Boden für den Neofaschismus ganz sicher nicht grundlegend zerstört.
Laut Verfassungsschutzbericht Baden Württemberg stehen die NPD und DVU vor einer Fusion. Das wäre eine nicht zu unterschätzende bedeutende rechtsextremistische Kernorganisation in der Bundesrepublik.
In den 80-er Jahren waren die DVU und die REP noch starke Wahlparteien im rechten Spektrum. Sie haben sich aber durch Missmanagement und innerparteilichen Querelen selbst geschwächt (Gott sei Dank!), so dass scheinbar im Moment keine Gefahr von rechts ausgeht. Ich sage ausdrücklich scheinbar.
Auch wenn die Mitgliederzahlen sowohl im Bund, als auch in Baden Württemberg rückläufig sind, gilt dies nicht für die faschistischen Gliederungen. Diese Gliederungen haben eher Zulauf. Skinhead Konzerte nehmen zu und die Anwerbung übers Internet ebenfalls. Es gelingt den Rechten immer mehr ihre Netzwerke im Internet auszubauen.
Freundinnen und Freunde,
Jeder Sitz in einem Landesparlament, in einem Stadt- oder Kreisparlament, der von den Rechten erreicht werden kann, ist ein Platz zu viel. Jeder dieser Sitze wird finanziert durch den Steuerzahler, also durch uns die Allgemeinheit.
Gründe für den Zuwachs sehe ich in der Tatsache, dass sich die „Rechten“ immer mehr darum bemühen, aktuelle, gesellschaftlich relevante Themen aufzugreifen, um gesellschaftlich Akzeptanz zu bekommen. Sie wollen salonfähig werden.

Das sind Erfahrungen, die wir als Gewerkschaften bereits 2006 machen konnten. Da gelang es der NPD unerkannt an der großen Demonstration gegen Sozialabbau in Stuttgart teilzunehmen. Die NPD hat danach den Erfolg auf ihrer Homepage gefeiert und dazu geraten, diese Themen des bürgerlichen Lagers zu besetzen und sich möglichst unauffällig zu verhalten, dann könne man beim DGB auch noch kostenlos zu Demonstrationen mitfahren. Wichtige gesellschaftspolitische Themen zu besetzen, das ist in Ostdeutschland schon lange das Konzept der Rechten.

In Mecklenburg Vorpommern findet in weiten Teilen Hartz IV Beratung nur durch Organisationen der NPD statt.

Man kann sich vorstellen, wie sich das in Landstrichen mit so hoher Arbeitslosigkeit auswirkt, wenn diese Themen durch die demokratischen Parteien nicht besetzt werden.

Hinzu kommt dann auch noch die Tatsache, dass die rechten Kameradschaften oft die einzigen sozialen Netzwerke für perspektivlose Jugendliche in Ostdeutschland bilden.

Kolleginnen und Kollegen,

der Rechtsextremismus ist gewaltbereit.

Laut Verfassungsschutzbericht gab es in 2009 in Baden Württemberg 39 rechtsextreme Gewalttaten und 917 Straftaten. Die Vergleichszahlen im Bund: 762 Gewalttaten und 15905 Straftaten.

Besonders bei den Neonazis und in der Skinheadszene liegt das Gewaltpotential.

Aber den geistigen Nährboden ebnen alle rechten Ideologien gleichermaßen.

Viele neofaschistische, rechtsextremistische Straftaten werden möglich, weil Verfassungsschutz und Geheimdienste der Bundesrepublik dem Terror der Rechten durch Duldung und manchmal, wie sich im ersten Verbotsverfahren herausstellte, sogar durch Initiierung durch V-Leute Vorschub leistet.

Wir als VVN-BdA haben die neue Landesregierung angeschrieben und um eine Stellungnahme in Bezug auf ein erneutes NPD Verbot gebeten.

Claus Scmiedel, der Fraktionsführer der SPD hat uns geantwortet und eine neue Initiative für Baden Württemberg in Aussicht gestellt.

Die Neonazis und somit auch die NPD haben Gliederungen geschaffen, die an die Stelle fester Organisationsstrukturen getreten sind, um bereits vollzogenen (gegen Kameradschaften oder die Jugendorganisation) oder noch zu erwartenden Verbotsverfahren entgegen zu wirken.

Erfreulicherweise wurde ja vor zwei Jahren die NPD Jugendorganisation verboten.

Diese neuen Organisationsformen setzen die Szene allerdings laut Verfassungsschutzbericht in die Lage gegebenenfalls auf ein größeres Mobilisierungspotential zurückgreifen zu können. Dies ist natürlich im Falle von geplanten Aufmärschen von Bedeutung.
Zahlenmäßig haben diese Aktivitäten laut Verfassungsschutzbericht zwar abgenommen, aber für uns ist die Vorstellung dass die NPD besonders den ersten Mai für ihre Aufmärsche missbraucht, unerträglich.
Die NPD hat Plätze und Straßen für ihre Aktivitäten oft auf Jahre hinaus angemietet.
Unter dem Motto „Der Kampf um die Straße“ will die Szene rechtsextremistische und neonazistische Präsenz zeigen.
Es scheint besonders den Gerichten daran gelegen zu sein, dass eine extremistische Partei nicht benachteiligt wird.
Solange die NPD nicht verboten ist, hat sie auch das Recht am ersten Mai zu demonstrieren, im schlimmsten auch vor Synagogen.
Oder, wie in Dresden und Pforzheim zur Erinnerung an die Bombennächte.
Wir fordern deshalb weiterhin Nazis entschieden entgegen zu treten, V-Leute abzuschalten, die NPD zu verbieten und im zweiten Schritt die Auflösung aller neofaschistischer und rassistischer Gruppierungen.
Das erste NPD Verbotsverfahren, das durch das unverantwortliche Handeln des Verfassungsschutzes zum Scheitern kam, muss erneut in Angriff genommen werden.
Bereits 2007 hat die VVN-BdA eine Kampagne unter dem Motto nonpd, NPD Verbot jetzt! gestartet. Ziel war 100,000 Unterschriften zu sammeln, die dem deutschen Bundestag übergeben werden sollte. Es kamen 175,000 Unterschriften zusammen für einen neuen Verbotsantrag.
Wir sind als Organisation immer dafür eingetreten, dass Faschismus, in welcher Form auch immer keinen Anspruch auf Legalität hat. Wir waren immer gegen alte und neue Nazis.
Im Bundestag wurde eine Studie veröffentlicht, die zeigt wie aktuell unsere Haltung ist: dass jede Stunde statistisch zweieinhalb rechtsextremistische Straftaten in Deutschland verübt werden und annähernd 3 schwere Gewalttaten pro Tag.
Wobei wir der Vollständigkeit halber nie nur gegen die NPD vorgehen, sondern umfassend gegen Rechts unsere Arbeit verstanden wissen wollen.
Mit dem Ende der Kampagne war aber die Arbeit an dem Problem noch nicht zu Ende.
Wir, die VVN-BdA werden uns erst mit einem Verbot der NPD zufrieden geben.

Es ist uns immer wieder entgegengehalten worden, dass ein NPD Verbot nichts bringe, man müsse die Rechten ideologisch bekämpfen.
Auch das ist richtig und auch dies tun wir. Aber ein Verbot ist ein wichtiges strategisches Ziel.
Ein Verbot entzieht dem organisierten Neofaschismus die Grundlage, eine zentrale Organisationsplattform.
Die NPD ist die einzige Partei, die bundesweit kampagnenfähig ist.
Kader der NPD fungieren als Anmelder von Kundgebungen und Demonstrationen, gerade weil sie eine Partei sind und daher schwer zu verbieten.
Bei jeder Diskussion über ein Verbot wird uns als entscheidendes Argument entgegengehalten, dass die V-Leute nicht abzuschalten seien. Die Frage stellt sich hier nach dem tatsächlichen Wert dieser Informanten.
Es bleiben einige Gegenargumente, die es gilt zu entkräften:

- Neuformierung der Naziszene im Illegalen

Auch dies wäre kein Ersatz für eine staatlich geförderte, finanzkräftige Partei, wie es die NPD momentan ist. Keine Wahlwerbung, kein Zugang zu den Massenmedien.

- Radikalisierung der Mitglieder

Die gewaltbereiten und radikalen Rechten organisieren sich schon heute in den sogenannten Kameradschaften, auch heute schon bestehen enge Verbindungen zwischen der NPD und den Kameradschaft. Ein Verbot würde die Kameradschaften gleichzeitig mit schwächen. Im Übrigen lautet unsere Forderung ja: Verbot der NPD, sowie aller ihrer Gliederungen!
Eine weitere Hürde in Karlsruhe wäre die nachzuweisende Aggressivität einer Partei.
Das Bundesverfassungsgericht hat 1956 im KPD Urteil den Artikel 21, Absatz2 GG wie folgt ausgelegt:
„Es muss eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen; sie muss planvoll das Funktionieren dieser Ordnung selbst beseitigen wollen.“
Es ist anzunehmen, dass die Karlsruher Richter hierfür Beweise vorgelegt haben wollen.
Ich bin der Ansicht, dies ist ohne Probleme nachzuweisen.
Holger Apfel, MDL Sachsen: „Wir, der nationale Widerstand, sind die einzige wirkliche Weltanschauungsbewegung in der bundesdeutschen Parteienlandschaft, mit der NPD als die organisierte Partei, die das politische System der BRD bis auf die Wurzel bekämpft, bis auf die Wurzel ablehnt….Jawohl wir sind verfassungsfeindlich!“
Diese Bedrohungs- und Gewaltrhetorik wurde im Verbotsantrag angeführt. Mittlerweile wurde die Radikalisierung innerhalb der NPD ja bekanntlich noch voran getrieben.

Aggressivität, die sich vor jedem Gericht nachweisen lässt.
Was richtig ist, ist die Tatsache, dass auch nach einem NPD Verbot das faschistische Gedankengut auch weiterhin in den Köpfen bleiben würde. Fremdenfeindliches und rassistisches Gedankengut ist auch in der Mitte der Gesellschaft verankert und reicht weit in gewerkschaftliche Bereiche hinein.
Darüber gibt eine Studie der Friedrich Ebert Stiftung Aufschluss.
10 bis 15 Prozent der Bevölkerung haben ein rechtsextremistisches Weltbild. Solche Einstellungen können aber nur zum Tragen kommen, wenn sie eine organisatorische Grundlage finden.
Ein NPD Verbot kann nicht dazu führen, den Kampf gegen Rechts als abgeschlossen zu sehen.
Ein NPD Verbot ist nur ein Teil des antifaschistischen Kampfes um die Köpfe.
Noch einige Zitate:
Das System, das sich BRD nennt, ist irreparabel. Lasst uns diese ganze verfaulte Republik unterwühlen. Wir haben ja auch schon den ein oder anderen Tunnel gegraben, um dieses Konstrukt der Siegermächte zum Einsturz zu bringen.“ Das sagte Udo Pastörs, Fraktionsvorsitzender der NPD in MVP.
Der NPD Vorsitzende Udo Voigt erklärt in der Wochenzeitschrift „Junge Freiheit“:
„…..zweifellos handelt es sich bei Hitler um einen großen Staatsmann.“
In einer Argumentationshilfe für Kandidaten und Funktionsträger der NPD ist zu lesen:
„Völker sind nun einmal Lebens- und Naturtatsachen….Der „Mensch“ ist genauso eine Fiktion, ein Gedankengebilde und eine Illusion wie die „Menschheit“. Und: „Das Grundgesetz… ist ein Diktat der Westalliierten…, die Grundgesetzbestimmungen triefen vor Menschenrechtstümeleien...“
Wenn wir sagen Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen, dann beziehen wir uns auf eine empirische Erfahrung:
55 Millionen Tote und die Welt in Flammen sind ohne historisches Vorbild und bleiben hoffentlich auch in Zukunft singulär.
Die Faschisten folgen ideologischen Vorgaben:

- einer umfassenden Theorie der Ungleichheit, aus der sich für sie zwingend **Ungleichwertigkeit** ableitet.
- dem Sozialdarwinismus, der in Verbindung mit dem völkischen Nationalismus alle Menschheitsverbrechen des deutschen Faschismus als Notwendigkeit im „Kampf ums Dasein“ legitimiert.

Diese Ideologien sind ungebrochen und es besteht Wiederholungsgefahr.
In ihrem neuen Positionspapier „Der deutsche Weg“ benennt die Führungsriege klar ihr Ziel: Das System aktiv politisch zu stürzen.
Innerparteilich schwelt damit ein Streit zwischen Radikalen und Rechtskonservativen.
Udo Voigt mit seinem radikalen Flügel schreibt in dem Papier:
„eine einseitige Anpassung an nationalkonservative Inhalte hätte für die NPD katastrophale weltanschauliche Folgen, da sie ihren Charakter als Systemalternative verlieren könnte. Die Zielgruppe sei vor allem die deutsche Jugend, die nach einer völkischen Identität suche. Alle nationalkonservativen Parteien seien gescheitert, weil deren Wähler nicht das System überwinden wollten.
Die NPD ist die Organisation im rechten Spektrum, die am ehesten in der Lage ist, Jugendliche mit rechtsextremen Einstellungen zu politisieren um ihnen Raum für politisches Agieren zu schaffen.
Das zeigt besonders deutlich das Verteilen von CDs mit nazistischen Inhalten auf Schulhöfen.
Mit Hilfe der Kameradschaften ist es ihnen gelungen in ostdeutsche Landtage und Kommunalparlamente einzuziehen.
Dieser Einzug verschafft ihnen eine Scheinlegitimität, die sie durchaus attraktiv macht für viele Protestwähler.
Zugleich ist es auch diese Legitimität, die einen wesentlichen Teil ihrer Parteienfinanzierung ausmacht.
So hat die NPD zwischen 1998 und 2007 einen Betrag von 6,3 Mio. Euro aus Steuergeldern erhalten. Auch wenn eine Partei nicht ins Parlament einzieht, fließt ihr, wenn sie einen Stimmenanteil von mehr als 1% erreicht, eine Wahlkampfkostenerstattung zu.
Das heißt die NPD kann ihre verfassungsfeindlichen Ziele mit Steuergeldern vorantreiben.
Aus dem Rechenschaftsbericht der NPD für 2006 geht hervor, dass die staatlichen Mittel in Höhe von 1,38 Mio. Euro 45% des Budgets ausmachen, 32% aus Spenden finanziert werden und nur 18% aus Mitgliedsbeiträgen.
Jeder Steuerzahler trägt unfreiwillig und zwangsweise zur Verbreitung der rassistischen und menschenverachtenden Programmatik dieser Partei bei.
Solange die NPD nicht verboten ist, wird es in Rechtsprechung auch keine Verbote für ihre Aufmärsche geben. Aus diesem Grund sehen wir in der Fortsetzung unserer Kampagne einen wichtigen Beitrag und hoffen, dass diese Fortsetzung zu einem dringend notwendigen NPD Verbot führen wird.

Die VVN-BdA kämpft solange weiter bis unsere Vorstellungen von einer humanen Gesellschaft Wirklichkeit werden:

Ohne Militarisierung und ohne alte und neue Nazis!

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!